
SVR Hongkong

32 Positives Wirtschaftswachstum im 2. Quartal

Das Hongkonger Statistikamt (Census and Statistics Department of the Hong Kong Special Administrative Region) berichtet für das 2. Quartal 1999 von einer Umkehr der bisherigen negativen Wachstumsentwicklung. Im Vergleich zur Vorjahresperiode erhöhte sich im 2. Quartal das reale Wirtschaftswachstum um 0,7%. Wird das Wirtschaftswachstum saisonalen Veränderungs-faktoren angepaßt, dann ergibt sich eine Zuwachsrate von 3,1% gegenüber einem negativen Wachstum von 0,3% im 1. Quartal 1999.

Die Zunahme des Wirtschaftswachstums im 2. Quartal wird auf die Verbesserung der internen und externen Rahmenbedingungen zurückgeführt. So konnte bei den Exporten der Rückgang des Wachstums auf 0,2% reduziert werden. In den ersten drei Monaten hatte das negative Wachstum noch 4,8% betragen. (XNA, 22.9.99) Im August nahmen die Exporte Hongkongs um 4,4% zu; die Reexporte Hongkongs - Güter, die auf dem Festland produziert und über Hongkong exportiert werden - nahmen sogar um 6,7% zu. (FT, 29.9.99)

Nach Einschätzung der Hongkonger Regierung hat sich die Situation am Arbeitsmarkt stabilisiert. Allerdings lag die saisonal angepaßte Arbeitslosenquote in der Periode Juni bis August 1999 bei 6,1%, das waren 0,1% mehr als zwischen Mai und Juli d.J. Ursache für diese Entwicklung ist der Regierung zufolge die weiter durchgeführte Konsolidierung in Hongkonger Unternehmen, die bisher nur sehr zögerlich neue Arbeitskräfte einstellen würden. Vor diesem Hintergrund müsse zumindest für die nächste Zeit noch mit weiterhin relativ hohen Arbeitslosenquoten gerechnet werden. (XNA, 21.9.99)

Für das gesamte Jahr 1999 erwartet die Asian Development Bank (ADB) in ihrem Bericht *Asian Development Outlook* ein negatives Wachstum der Hongkonger Wirtschaft um 0,5% im

Vergleich zum Vorjahr. Für das Jahr 2000 rechnet die ADB mit einer Zunahme des Entwicklungstempos um 1,5%, etwas niedriger als die am Anfang des Jahres prognostizierten 2% für das Jahr 2000.

Als Begründung für das Herunterstufen des Wirtschaftswachstums gab die ADB an, daß sie mit einer weiteren Abschwächung der Rolle Hongkongs als Tor nach China rechnet. Da Festlandchina seine eigenen Handelsbeziehungen stetig ausweitere, gebe es weniger Möglichkeiten für Hongkong, als Mittelsmann für China-Geschäfte tätig zu sein. Weiterhin geht die ADB davon aus, daß sich das Wirtschaftswachstum in der VR China weiter verlangsamen wird, so daß aus dieser Richtung ebenfalls keine neuen Wachstumsimpulse für Hongkong kommen würden. (SCMP, 15.9.99) -schü-

33 Bildungsreform

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Hongkonger Bildungssystems (vgl. dazu C.a., 1999/1, Ü 36) scheint sich allmählich immer mehr durchzusetzen. Dennoch gibt es beharrende Kräfte, die sich gegen radikale Reformen wenden und insbesondere an der Elitebildung, einschließlich des Klassifizierungssystems, festhalten wollen. Entsprechend kommt der Widerstand hauptsächlich von den Eliteschulen, deren Lehrern und Eltern, deren Kinder solche Schulen besuchen. Deshalb heißt es, daß die schwierigste Aufgabe der Bildungsreform nicht die Einführung der von der Bildungsbehörde vorgeschlagenen Reformen sei, sondern die Akzeptanz in der Öffentlichkeit durch radikales Umdenken zu erreichen (SCMP, 20.9.99).

Ausgangspunkt für eine radikale Bildungsreform ist die Auffassung, daß Hongkongs Bildungssystem, das auf dem UK Education Act von 1944 beruht, hoffnungslos veraltet sei. Dieser Meinung ist nicht nur die Hongkonger Regierung, sondern vor allem auch die Wirtschaft. Die Führungskräfte wie auch die Masse der Arbeitnehmer, die im 21. Jahrhundert benötigt würden, könne das gegenwärtige Schulsystem nicht ausbilden, heißt es. Ein auf die Heranbildung einer Elite

und allein auf Prüfungen ausgerichtetes Bildungswesen sei im neuen Jahrhundert nicht mehr kompatibel, in dem es angesichts der sich rasant entwickelnden Wirtschaft darauf ankomme, schnell veraltendes Wissen flexibel durch die Aneignung neuer Fähigkeiten zu ersetzen (SCMP, 23.9.99).

Es geht um die Einführung einer Qualitätsbildung auf allen Schulstufen. Dies bedeutet eine grundlegende Neuorientierung, nämlich die Abschaffung der bislang geltenden Grundlagen des Systems, wie z.B.

- Bewertung schulischer Leistungen allein aufgrund des Abschneidens in den Prüfungen
- prüfungsorientiertes Lernen, d.h. mechanisches Pauken von Faktenwissen
- keine oder geringe Chancen des Übergangs auf weiterführende Schulen für Verlierer bei den Prüfungen
- Klassifizierung aller Schulen nach ihrem Niveau
- Aufteilung in geistes- und naturwissenschaftliche Züge auf der Sekundarstufe II

Einem reformierten Schulsystem soll als neues Bildungsziel die umfassende Bildung der Schüler zugrunde liegen. Dies bedeutet, daß Schüler lernen sollen

- wie Wissen zu erlangen ist (nicht nur durch traditionellen Klassenunterricht, sondern mit Hilfe aller zur Verfügung stehenden technischen und elektronischen Mittel)
- kreativ, kritisch und verantwortungsvoll zu denken und zu analysieren
- wie das erworbene Wissen in der Praxis anzuwenden ist (Fähigkeit, Probleme zu lösen)
- interaktive Fähigkeiten, wie sie für Teamarbeit notwendig sind.

Die so definierten Bildungsziele erfordern von den Lehrern neue Unterrichtsmethoden und von den Schu-

len ein Umdenken hinsichtlich der Bewertung eines Schülers. Nicht mehr einzelne Prüfungsergebnisse, sondern die Gesamteinschätzung aufgrund anderer unterrichtsbezogener Aktivitäten, z.B. auch Zusammenarbeit, sollen zählen. (Vgl. SCMP, 16. u. 23.9.99) Ein weiterer Vorschlag soll die Chancenlosigkeit für solche Schüler überwinden helfen, die den Übergang zur „Form One“ der Sekundarschule nicht schaffen. Kritisiert wird das bestehende System, bei dem im Alter von elf Jahren über die Karriere eines Menschen entschieden wird (SCMP, 8.9.99). Hier sind verschiedene Maßnahmen geplant, die eine größere Flexibilität zum Ziel haben, wie z.B. die Ersetzung des „F“ (für „Failed“) durch ein „P“ (für „Passed“) bei den Prüfungen (SCMP, 9.9.99), die Abschaffung des Sitzenbleibens zugunsten flexibler Klassenstufen je nach Leistung in den betr. Fächern (SCMP, 16.9.99) und die Aufgabe des starren Klassifizierungssystems, bei dem alle Schulen in fünf Kategorien eingeteilt werden, wobei nur die beiden obersten Kategorien Aufstiegschancen ermöglichen, während Schulen, die als „Band Three“, „Four“ und „Five“ eingestuft sind, als schlecht und ihre Schüler als Versager gelten (SCMP, 8. u. 20.9.99). Mit diesem System würde künstlich eine Klasse von „Verlierern“ unter den Schülern geschaffen, die in Jobs ohne Zukunft gedrängt würden (SCMP, 23.9.99).

Um den Prüfungsdruck zu reduzieren, soll die alles entscheidende Eigenungsprüfung am Ende der 6. Primarschulklasse, über die der Zugang zur „Form One“ der Sekundarschule geregelt wird, abgeschafft werden. Statt dessen soll in der 2. oder 3. Klasse eine Bewertung der intellektuellen Fähigkeiten eines Schülers durch Tests in den drei Kernfächern Chinesisch, Englisch und Rechnen vorgenommen werden. Danach sollten Schüler mit bestimmten Schwächen nach dem Vorbild Singapurs in einer Nachhilfeklasse zusammengeführt und nach akzeptablen Verbesserungen wieder in die normale Klasse eingegliedert werden. Außerdem sollten Grund- und Mittelschule stärker miteinander verbunden werden. Durch diese Maßnahmen würde sich die Jagd nach „Form One“-Schulplätzen erübrigen. (SCMP, 24.9.99)

Auch im Hochschulbereich hat die Hongkonger Regierung einschneidende Reformen vorgeschlagen. Gestritten wird um die Länge des Hochschulstudiums. Während die Universitäten die Verlängerung der Studienzeit auf vier Jahre fordern, scheint die Regierung derzeit die Beibehaltung des dreijährigen Hochschulstudiums zu favorisieren, dies vor allem vor dem Hintergrund des Sparzwangs. Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Finanzierung der Hochschulen. Bislang erhalten die acht Hongkonger Universitäten ihre öffentlichen Zuwendungen über das University Grants Committee, und zwar auf der Grundlage der drei Jahre im voraus geplanten Studentenzahl. Die Neuzulassungen für Erstsemester sind derzeit mit 14.500 festgeschrieben. Jede Universität erhält eine bestimmte Quote zugewiesen und wird danach finanziert. Dieses System wird als unflexibel betrachtet, weil die Universitäten manchmal gezwungen sind, auch Studenten unter dem Standard zu akzeptieren, nur um die Finanzierung zu sichern. Um mehr Flexibilität einzuführen, sollen die Studenten die Universität wechseln können und die Universitäten nach der tatsächlichen Zahl ihrer Studenten finanziert werden.

Zu diesem Zweck und unter Berücksichtigung der Pläne für die Reform des Primar- und Sekundarschulwesens werden folgende Hochschulreformen vorgeschlagen:

- über die Hochschulzulassung soll die Gesamtleistung des Kandidaten entscheiden;
- es sollen weniger spezialisierte Bachelor-Programme eingerichtet werden;
- die Studenten sollen mehr Entscheidungsfreiheit bezüglich verschiedenen Studienprogrammen und dem Wechsel zwischen ihnen haben;
- bei Universitätswechsel sollen die bisher erlangten „credit units“ (Prüfungen, Seminarscheine usw.) angerechnet werden.

(SCMP, 20. u. 25.9.99)

Um Universitätswechsel zu erleichtern, sollen die Universitäten ihre Studiengänge teilweise vereinheitlichen.

Ermöglicht werden soll auch ein Studium an mehr als einer Universität, d.h. daß man ein bestimmtes Fach an einer anderen Universität studieren kann.

Ein weiterer Punkt betrifft die Einführung unterschiedlicher Studiengebühren. Bisher zahlen Studenten pro Jahr einheitlich HKD 42.100. Die einzelnen Studiengänge sollen in teure, durchschnittliche und weniger teure eingeteilt werden, wobei für teure Studien 25% mehr, für weniger teure 25% weniger bezahlt werden soll (SCMP, 8.9.99).

Die Reformvorschläge der Regierung wurden Ende September 1999 bekanntgegeben. Über sie soll jetzt erst einmal in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Man will von schnellen Einzelreformen Abstand nehmen und Zeit für den Meinungsbildungsprozeß lassen. Zugleich werden Konsultationen mit verschiedenen Gruppen durchgeführt. Im Februar 2000 soll ein Interimbericht veröffentlicht werden, zu dem sich die Öffentlichkeit wiederum äußern kann. Ende Juni soll dann ein endgültiger Bericht erstellt sein, und die ersten Reformen sollen mit Beginn des neuen Schuljahres im September 2000 an einigen ausgewählten Schulen als Pilotprojekte durchgeführt werden. (SCMP, 24. u. 30.9.99)

Angesichts der Tragweite der vorgesehenen Bildungsreformen ist die Entscheidung der Hongkonger Regierung sinnvoll, genügend Zeit für den Meinungsbildungsprozeß zu lassen und die Öffentlichkeit einzubeziehen. Gerade die Beteiligung der Öffentlichkeit ist ein wesentlicher Unterschied zum Festland, wo bei Reformen dieser Tragweite zwar auch im Vorfeld eingehende Diskussionen stattfinden, allerdings in der Regel nur in einschlägigen Kreisen und nicht in der Öffentlichkeit. Es wird abzuwarten sein, inwieweit die Hongkonger Bildungsreform eine Angleichung an das Bildungssystem des Festlands mit sich bringt, also z.B. die Einführung eines Schulstufensystems nach dem Schema 6+6+4 anstelle des gegenwärtigen Schemas 6+5+2+3 (6 Jahre Grundschule, 7 Jahre Sekundarschule, davon 2 Jahre Matrikulation, 3 Jahre Hochschule). Jedenfalls decken sich wichtige Anliegen der Bildungsreform Hongkongs mit denen der festländischen Bildungsreform, so vor allem die Ein-

führung einer Qualitätsbildung und die Abschaffung der rein prüfungsorientierten Schulbildung. -st-

34 Neue Kontroversen um Pressefreiheit: Einsetzung eines Presserates zum Schutz der Privatsphäre?

Nach den Kontroversen um die Taiwan-Berichterstattung des Senders Radio Television Hong Kong im August (vgl. C.a., 1999/8, Ü 26) hat ein offizieller Vorschlag zur Einsetzung eines „Presserates zum Schutz der Privatsphäre“ die laufende Grundsatzdebatte über Pressefreiheit in Hongkong intensiviert. Die Debatte soll hier in einigem Detail nachgezeichnet werden, da sie zahlreiche höchst spannende Reflexionen über den Wandel der politischen und gesellschaftlichen Rolle der Hongkonger Medien seit 1997 enthält und Aufschluß über deren Selbstverständnis gibt.

Am 20. August trat die Kommission für Rechtsreform (*falü gaige weiyuanhui*), ein Gremium unter dem Vorsitz der Justizministerin (Justice Secretary) der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong, mit der Empfehlung an die Öffentlichkeit, in Hongkong einen „Presserat“ (*baoye pingyihui*, „press council“) zum Schutz vor Verletzungen der Privatsphäre durch die Presse einzurichten. Bis zum 30. November soll die Öffentlichkeit Zeit haben, über die Empfehlung zu diskutieren, bevor die Regierung darüber entscheiden werde. In einem knapp 200-seitigen Bericht der Kommission wurde die Notwendigkeit der Einrichtung eines Presserates damit begründet, daß in den vergangenen Monaten zunehmend exzessive Fälle zu verzeichnen gewesen seien, in denen Journalisten in das Privatleben Hongkonger Bürger, Politiker und anderer Prominenter eingedrungen wären.

Gemäß dem Vorschlag der Kommission soll dem Presserat die Gerichtsbarkeit über alle Zeitungspublikationen zufallen. Ferner soll er die Zuständigkeit für die Formulierung eines „Kodex für die Privatsphäre“ erhalten, als Adressat für Beschwerden aus der Bevölkerung fungieren, auf deren Basis Untersuchungen durchführen und Verletzungen des Kodex ahnden; schließlich soll er befugt sein, Geldstrafen bis

zu einer Höhe von HK\$ 1 Mio. (US\$ 125.000) zu erheben. Die Mitglieder des Presserats sollten durch einen Vorsitzenden ernannt werden, welcher von Tung Chee-hwa, dem Regierungschef der SVR Hongkong, zu bestimmen sei (SCMP, 3.9.99; IHT, 10.9.99).

Die Befürworter des Vorschlags zur Einsetzung eines Presserats, darunter Professor Raymond Wacks, Vorsitzender des Unterausschusses für den Schutz der Privatsphäre der Kommission für Rechtsreform, betonen die Notwendigkeit eines Aufsichtsorgans mit „Biß“, das die individuelle Privatsphäre der Bürger angesichts einer zunehmend sensationshungrigen Medienwelt und angesichts ungenügender rechtlicher Klagemöglichkeiten effizient vor Übergriffen schütze (IHT, 10.9.99; SCMP, 10., 11.9.99).

Sie stützen sich auf Umfragen, laut derer zwischen 53% und 60% der Hongkonger Bevölkerung eine stärkere Medienaufsicht begrüßen (nach *Dongxiang*, 1999/9, S.45). In der Hongkonger Gesellschaft mache sich eine zunehmende Frustration über die Medien breit, die die Pressefreiheit mißbrauchten. Der Ethos sozialer Verantwortung sei durch finanzielles Profitstreben weitgehend verdrängt worden, welches sich im Zuge der wirtschaftlichen Rezession seit der Asienkrise noch verschärft habe. Während sich in westlichen Ländern eine stabile Grenzlinie zwischen seriöser und Boulevardpresse etabliert hätte, die den Lesern erlaube, die jeweiligen Informationen einzuschätzen und angemessen mit ihnen umzugehen, sei diese Grenzlinie in Hongkong verwischt; Publikationen neuer Medienkonglomerate wie etwa die *Apple Daily* hätten die „Ökologie des Medienmarktes“ seit 1997 erheblich gestört (SCMP, 11.9.99).

Ferner führen die Befürworter des Vorschlags an, daß die Wahrung einer Balance zwischen Schutz der Privatsphäre und Pressefreiheit ein schwieriges Problem sei, das auch im westlichen Ausland, insbesondere in den USA und Großbritannien, durch die Einrichtung von Presseräten oder ähnlichen Institutionen angegangen worden sei. Im übrigen habe man sich bemüht, den Presserat organisatorisch so unabhängig wie möglich zu gestalten (*Guangjiaojing*, 1999/9, S.88/89; SCMP, 11.9.99).

Gegner des Vorschlags, vertreten durch verschiedene Hongkonger Medienverbände und durch Margaret Ng, prominentes Mitglied des Legislativrats, argumentieren, daß die empfohlene Einsetzung eines Presserates die Pressefreiheit substantiell gefährde. In Abwesenheit eines funktionierenden Systems demokratischer Gewaltenteilung sei eine freie und kritische Presse die einzige Gewähr für die Rechte der Bürger und damit für die Freiheit Hongkongs. Eine Regulierung der Presse unter dem Vorwand des Schutzes der Privatsphäre in Gestalt des geplanten Presserates würde die Bürger um so eher der Willkür von Regierung und der Polizei aussetzen, welche unbeschadet öffentlicher Kritik in die Privatsphäre eindringen könnten (SCMP, 3.9.99).

Ein Artikel der traditionell kritischen Monatszeitschrift *Dongxiang* argumentiert, daß die Hongkonger Presse deshalb in die Enge der „sex & crime“-Berichterstattung getrieben worden sei, weil sie seit 1997 zur Selbstzensur in politischen und gesellschaftlichen Fragen gezwungen worden sei. Der Artikel erkennt eine widersprüchliche psychologische Befindlichkeit der Hongkonger Bürger darin, daß sie einerseits mehrheitlich eine stärkere Presseaufsicht befürworteten, andererseits zu drei Vierteln regelmäßige Käufer eben jener Boulevardpresse seien, deren unziemliche Sensationslust und Profitgier sie beklagten. Tatsächlich sollte der Verführung zu einer „Politik der Volksverdummung“ (*yumin zhengce*) nicht durch die Einsetzung eines Presserates nachgegeben, sondern vielmehr der vorhandene rechtliche Klageweg besser ausgeschöpft werden (*Dongxiang*, 1999/9, S.44-46).

Dem Argument, auch im westlichen Ausland gebe es Presseräte, wird entgegengehalten, daß es sich dort um selbstregulative Institutionen innerhalb demokratischer Systeme handle, die unabhängig von staatlicher Kontrolle arbeiteten; der geplante Hongkonger Presserat dagegen werde organisatorisch direkt dem Regierungschef Tung Chee-hwa und damit indirekt dem Kontrollzugriff der Beijinger Staats- und Parteiführung unterstellt sein. Damit wäre zumindest potentiell die Rolle des Presserats als ein aktives

Zensurorgan angelegt (ebd.; SCMP, 11., 26.9.99).

Als alternativen Weg zur Verbesserung des Schutzes der Privatsphäre sehen verschiedene Hongkonger Medienverbände die Verstärkung selbstregulativer Mechanismen. Am 19. September veranstalteten Vertreter von vier Verbänden ein öffentliches „Forum für Medienethik“. Dort warnten sie vor den Gefahren der Etablierung einer „Kulturpolizei“, gestanden aber zugleich Exzesse journalistischen Verhaltens in der jüngeren Vergangenheit ein. Zur Bekämpfung dieses Problems müßten die ethischen Standards der Pressearbeit angehoben und wirksame Maßnahmen der Selbstkontrolle eingesetzt werden (SCMP, 20.9.99). Kritische Stimmen bezweifelten allerdings, ob eine Selbstkontrolle der Medien, die in der Vergangenheit nicht funktioniert habe, in der Zukunft Aussicht auf Erfolg haben würde (SCMP, 11.9.99).

Am 23. September trat schließlich die Hongkonger „Zeitungsgesellschaft“, der die Herausgeber von zehn Tageszeitungen (*The Post, Sing Tao Daily News, Hong Kong Standard, Tin Tin Daily News, Ming Pao, Hong Kong Daily News, Wen Wei Po, Ta Kung Pao, Hong Kong Commercial Daily* und *China Daily*), nicht aber die drei Marktführer (*Apple Daily, Oriental Daily News, The Sun*) angehören, mit einem Kompromißvorschlag an die Öffentlichkeit. Danach solle auf die offizielle Einsetzung eines gesetzlich festgeschriebenen Presserats verzichtet werden. Statt dessen solle ein unabhängiger Presserat gegründet werden, der sich aus Vertretern der Öffentlichkeit, der Medienbranche, Juristen und Akademikern zusammensetze. Die Aufgaben des Gremiums sollten darin bestehen, die Pressefreiheit zu gewährleisten, Glaubwürdigkeit und ethische Standards des Journalismus zu fördern sowie Fällen von Verletzungen der Privatsphäre nachzugehen. Keine Zuständigkeit sollte der Presserat dagegen für die Erhebung von Strafgehdern erhalten, da dies ihm eben jenen statutarischen Charakter verleihen würde, der gerade vermieden werden sollte (SCMP, 24.9.99).

Wie bislang abzusehen ist, stieß dieser Kompromißvorschlag auf relativ brei-

te Anerkennung. Die Tatsache, daß die Mehrzahl der großen Zeitungsverlage hinter dem Vorschlag steht, wird als Gewähr für eine effiziente Kontrolle auch der Boulevardpresse gewertet (SCMP, 26.9.99). Auch Anson Chan Fang On-Sang, Ministerin der SVR Hongkong für Verwaltungsfragen (Chief Secretary of Administration), begrüßte den Vorschlag, da er die „Reife und Verantwortlichkeit“ der Hongkonger Medienwelt demonstriere. Auch aus Sicht der Regierung sei eine Selbstregulierung der Presse einem offiziell eingesetzten Aufsichtsorgan vorzuziehen (SCMP, 30.9.99).

Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form der Vorschlag zur Einsetzung eines Presserats umgesetzt wird. Deutlich wird aber bereits im Verlauf der Debatte das nachhaltige Bemühen der Hongkonger Presse, durch einen beschränkten „vorausseilenden Gehorsam“ die Einrichtung offizieller Zensurorgane zu umgehen, ohne zugleich die als ehemalige britische Kronkolonie vis-à-vis der VR China ererbte Pressefreiheit vollständig preiszugeben. Gleichzeitig kann die Kontrolle selbst als Ausdruck einer noch relativ intakten Pressefreiheit gesehen werden, die bislang einen reflexiven Diskurs der Hongkonger Öffentlichkeit über ihre politische Befindlichkeit durchaus gestattet. -hol-

Macau

35 Gesetzgebende Versammlung nunmehr vollständig

Macau hat eine neue Gesetzgebende Versammlung (*lifahui*). Sie besteht wie die laufende aus 23 Mitgliedern. Wie das Büro des designierten Regierungschefs Edmund Ho Hau Wah am 24. September bekanntgab, hat dieser folgende sieben Personen zu Mitgliedern ernannt: den Bankier Stanley Au Chong Kit (Ou Zongjie, Vorsitzender der Delta Asia Financial Group, 51 J.; er war der Gegenkandidat von Edmund Ho Hau Wah bei der Wahl des Regierungschefs am 15. Mai), die beiden Geschäftsleute Cheong Wai Kei (Zhang Weiji, 52 J.) und Tina Ho Teng Iat (He Dingyi, 47 J.), die drei Rechts-

anwälte Philip Xavier (Xu Huinian, 52 J.), Vong Hin Fai (Huang Xianhui, 41 J.) und Jose Manuel de Oliveira Rodrigues (Dai Mingyang, 47 J.) sowie den Angestellten im Kasino-Konsortium STDM (Sociedade de Turismo e Diversoes de Macau, Macau Tourism and Amusement Co.), Joao Baptista Manuel Leao (Liang Guanhan, 57 J.). (RMRB, XNA, SCMP, 25.9.99) Sie treten an die Stelle der sieben von Gouverneur Vasco Rocha Vieira ernannten Mitglieder, die nach der Machtübergabe im Dezember nicht in ihrem Amt verbleiben dürfen. Von den direkt und indirekt gewählten 16 Mitgliedern hatten sich 15 für eine weitere Arbeit in dem Gremium ausgesprochen und waren in ihrem Amt bestätigt worden, (XNA, 25.9.99) darunter auch der demokratische Aktivist Antonio Ng Kuok Cheong. Das Mitglied Tommy Chio Ho Cheong (auch bekannt unter dem Namen Chan Kai Kit) hatte keinen entsprechenden Antrag gestellt; gegen ihn wird von der Unabhängigen Kommission für Korruptionsbekämpfung im Zusammenhang mit einem Fall von Geschäftsbetrug ermittelt. (SCMP, 25.9.99) Für den einen freigewordenen Platz in der Versammlung war am 20. September Diana W.I. Iong, eine amtlich zugelassene Wirtschaftsprüferin, vom Wahlkomitee aus vier Kandidaten gewählt worden. (XNA, 21.9.99) Die Versammlung wird vor dem 19. Dezember ihre Arbeit aufnehmen und den Vorsitzenden und seine Stellvertreter wählen, die Geschäftsordnung festlegen sowie die für eine reibungslose Amtsführung der neuen Regierung am 20. Dezember notwendigen Gesetzesvorlagen überprüfen und diskutieren. (RMRB, XNA, 25.9.99) -ljk-

36 Exekutivrat gebildet

Der künftige Regierungschef Edmund Ho hat zehn Mitglieder des Exekutivrats der SVR Macau ernannt. Dies gab sein Büro am 25. September bekannt. Der Rat besteht aus den fünf Sekretären der künftigen Regierung - Florinda da Rosa Silva, Francis Tam Pak Un, Cheong Kuok Va, Fernando Chui Sai On, Ao Man Long - sowie aus drei Mitgliedern der Gesetzgebenden Versammlung und zwei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens - Vitor Ng (Wu Rongge), Ma Iao